Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-A. 1 Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20021, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366
Postscheck: Dresden 2060 Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 16 × Sonnabend, 19. Januar 1935 43. Jahrgang

Genf erfüllt die Forderung des Saarvolks

Verhandlungen über die Entmilitarisierung — Roosevelts Sozialprogramm — Das Urteil gegen Sinowjew

Matz Braun auf Reisen

Von der Schweiz abgelehnt — Proteste in Frankreich

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 18. Januar

Wie hier verlautet, hat die Schweiz dem saarländischen Separatistenführer Matz Braun die Einreiseerlaubnis verweigert. Es hieß zuerst, er sei trotz dieses Verbots nach Genf gefahren; neuerdings verlautet, daß er nach Forbach zurückgekehrt sei.

Braun hatte in seiner letzten „Pressekonferenz" in Forbach erklärt, daß er den Kampf gegen das „Hitlerdeutschland" unermüdlich fortsetzen werde, und in Aussicht gestellt, daß er heute bereits in Paris mit Léon Blum und Cachin in einer öffentlichen Versammlung sprechen wolle. Der Pariser Stadtrat hat jedoch energischen Protest beim Polizeipräfekten erhoben. Man fordert, daß die saarländischen Separatisten nur dann ein Asyl in Frankreich erhalten sollen, wenn sie unter allen Umständen auf ihre politische Tätigkeit verzichten. In allen Blättern wird Matz Braun aufgefordert,

diesen Kampf „nur ja nicht auf französischem Boden zu führen".

Ihm ist daraufhin das Auftreten untersagt worden. Weiter hat Braun den französischen Pressevertretern in Forbach einzureden versucht, er habe von einem holländischen Stimmzähler das Geständnis erhalten, daß von den Abstimmungszetteln mindestens 20 Prozent zugunsten der Deutschen Front gefälscht worden seien. Nach amtlicher Mitteilung des französischen Innenministeriums sind

bisher 474 saarländische Emigranten nach Frankreich ausgewandert.

Von Forbach und Saargemünd aus sind bereits zwei Sondertransporte nach Toulouse abgegangen. Der Kommunist Pfordt ist in Paris eingetroffen und hat in den Räumen der antifascistischen Liga die Presse empfangen, um noch einmal sein Klagelied über das Fiasko der Einheitsfront im Saargebiet zu singen. Matz Braun und Hoffmann, so erklärte er, würden im Namen dieser Front gegen die Abstimmung Protest erheben. (!) Der Saarbrücker Sonderberichterstatter des „Jour" berichtet, daß 28 saarländische Kommunisten, die ohne Papiere von den französischen Grenzbehörden aufgenommen worden seien, unter dem Gesang der Internationale in Forbach eingezogen seien. Französischerseits habe man dies doch für unangebracht gehalten und sie sofort aufgefordert, den französischen Boden wieder zu verlassen.

Nicklaus geht in „Urlaub"

× **Saarbrücken**, 18. Januar

Wie wir erfahren, hat Eisenbahnpräsident Nicklaus Donnerstag vormittag die Geschäfte als Präsident der Saarbahnen offiziell seinem Vertreter, Direktor Muenzer, übergeben. Nicklaus legte Mittwoch nachmittag beim zuständigen Minister der Regierungskommission ein Urlaubsgesuch vor, das ihm gestern früh bewilligt wurde.

Polizeilich versiegelt

× **Saarbrücken**, 18. Januar

Die Räume der „Volksstimme" sind polizeilich versiegelt worden. Dieser Vorgang dürfte mit dem zu erwartenden Konkursverfahren im Zusammenhang stehen. Weiter hat das Amtsgericht Saarbrücken eine einstweilige Verfügung erlassen, durch die dem bisherigen Geschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Otto Pick, die Geschäftsführung entzogen wird. Diese wurde dem Treuhänder Dr. Best übertragen.

Ein mildes Urteil

× **Saarbrücken**, 18. Januar

Vor dem Obersten Abstimmungsgerichtshof des Saargebietes unter dem Vorsitz des Iren Meredith wurde heute gegen den Juden Paul Levy aus Saarlouis, einem dort sehr bekannten Drahtzieher des verflossenen Status quo, verhandelt, in dessen Kraftwagen in der Nacht zum Abstimmungstage Sprengstoffe und Waffen gefunden worden waren. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn nur Strafanzeige wegen unerlaubten Waffenbesitzes erstattet. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. In seiner Begründung hielt das Gericht es für unangebracht, daß Levy ausgerechnet am Tage vor der Abstimmung, am 12. Januar, nicht nur im Saargebiet herumgefahren sei, sondern dabei auch noch Waffen mit sich führte.

Ungeteilt zurück zum Reich

Beschluß des Völkerbundsrats: Rückgliederung der Saar am 1. März

× Genf, 18. Januar

Der Völkerbundsrat hat gestern abend einstimmig die ungeteilte Zuteilung des Saargebietes an Deutschland beschlossen und den Zeitpunkt der Rückgliederung auf den 1. März 1935 festgesetzt.

Vor der Beschlußfassung hatte der Berichterstatter dem Rat mitgeteilt, daß die Abstimmungskommission den Völkerbundsrat über das Ergebnis der im Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung im Saargebiet unterrichtet hat. Die Mitglieder des Dreierausschusses hätten festgestellt, daß die Bevölkerung des Saargebietes in allen Abstimmungsbezirken sich mit Mehrheit für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen habe. Der Völkerbundsrat müsse nach dem Vertrage nunmehr über die Souveränität entscheiden, unter die das Saargebiet unter Berücksichtigung des von der Bevölkerung ausgesprochenen Wunsches gestellt werden solle. Unter diesen Umständen glaube der Dreierausschuß, dem Völkerbundsrat die nachfolgende Entschließung vorschlagen zu können:

1. Der Rat beschließt die Vereinigung des ungeteilten Saargebietes mit Deutschland so wie es in Artikel 48 des Versailler Vertrages festgelegt ist unter den Bedingungen, die aus diesem Vertrag hervorgehen, und zugleich mit den besonderen Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit der Volksabstimmung eingegangen worden sind.

2. Der Rat setzt den 1. März 1935 als Zeitpunkt der Wiedereinsetzung Deutschlands in die Regierungsrechte des Saargebiets fest.

3. Der Rat beauftragt seinen Ausschuß, in Verbindung mit der deutschen Regierung, der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebiets die Bestimmungen festzusetzen, die im Hinblick auf den Wechsel der Regierung im Saargebiet erforderlich sind, ebenso wie die Ausführungsbestimmungen der obengenannten Verpflichtungen. In dem Fall, daß diese Bestimmungen nicht bis zum 15. Februar 1935 festgesetzt werden können, wird der Dreierausschuß dem Völkerbundsrat seine Vorschläge unterbreiten. Dieser würde dann die notwendigen Entscheidungen treffen, im Einklang mit § 35 und 49 des Anhanges zum Artikel 50 und der besonderen Verpflichtungen, die von den beiden Regierungen aus Anlaß der Volksabstimmung übernommen worden sind.

Diese Entschließung fand, wie eingangs schon gesagt, einstimmige Annahme. — (Die Rede Lavals vor dem Völkerbundsrat findet sich auf Seite 2.)

Lloyd George entwickelt seine Pläne

Telegramm unsres Korrespondenten

A. **London**, 18. Januar

Selbst in seinen ganz großen Tagen als Premierminister dürfte Lloyd George kein größeres Publikum als gestern abend erwartet haben, als er in der Hauptstadt seines Wahlkreises, den er seit 44 Jahren ununterbrochen vertritt, in Bangor (Wales), sein neues politisches Programm entwickelte. In der großen Stadthalle, die normalerweise nur 4000 Personen umfaßt, drängten sich über 7000, und mehr als 5000 Personen standen vor der Halle und hörten hier Lloyd Georges Rede aus Lautsprechern.

Mit ungeheurem Beifall wurde Lloyd George empfangen,

und als er zu Anfang seiner Rede sich in seiner walesischen Muttersprache für die zahlreichen Glückwünsche zu seinem 72. Geburtstag bedankte, wuchs der Beifall zu einem Orkan. Seine Rede dauerte mehr als zwei Stunden, und in den heutigen „Times" nimmt der Auszug aus Lloyd Georges Ausführungen mehr als fünf Spalten des Riesenformats der „Times" in Anspruch. Natürlich ließ Lloyd George alle Künste seines großen rhetorischen Talents spielen und verblüffte immer wieder durch geschickte glänzende Formulierungen. Er begann mit einer dramatischen Schilderung der Wirtschaftskrise. Das sei der unübertreffliche Widersinn unsrer Generation,

Im Jahre 1914 habe der Gott des Krieges die Welt durch die Tore der Hölle geschickt. Der Gott des Geldes habe seitdem die Tragödie vollendet.

Auf drei großen Grundpfeilern steht Lloyd Georges Plan:

1. **Aenderung der auswärtigen Politik.**
2. **Förderung des auswärtigen Handels.**
3. **Politische und wirtschaftliche Umgestaltung in England.**

Mit Nachdruck hat sich Lloyd George zu einer

englisch-amerikanischen Zusammenarbeit in den großen politischen Fragen

bekannt. So bedeutsam auch die ganzen europäischen Fragen seien, das entscheidende Schwergewicht Englands liege doch weltpolitisch wie auch weltwirtschaftlich im Fernen Osten. Von einem solchen Zusammengehen Englands mit den Vereinigten Staaten verspricht sich Lloyd George eine wesentliche Verstärkung der Friedensarbeit. In der Frage der internationalen Handelsbeziehungen schlägt Lloyd George eine Methode vor, die stark an

das Austreiben des Teufels durch Beelzebub

erinnert. Er begrüßt Hochschutzzölle und Einfuhrbeschränkungen und erklärt, daß sie rücksichtslos angewendet werden müßten. Er ist grundsätzlich natürlich Gegner einer solchen Wirtschaftspolitik, will aber durch ihre praktische Anwendung andern Nationen klarmachen, daß eine solche Politik im Grunde keinem wirklich nützt und glaubt auf diese Art, ihre eigene Abschaffung oder zumindest ihre Milderung herbeiführen zu können. Wenngleich Lloyd George mehrfach erklärte, daß die amerikanischen Methoden keineswegs einfach nach England übertragen werden könnten,

fordert er doch im Anklang an Roosevelts berühmten „Gehirntrust" einen Wirtschaftsrat,

der völlig unabhängig ist und innerhalb bestimmter Grenzen weitgehende Vollmachten haben soll. Dieser Rat soll seine Entschlüsse der Regierung vorlegen, bei der die letzte Verantwortung für ihre Durchführung bleibt. Lloyd George will ferner die bisherige Form des englischen Kabinetts völlig umgestalten. Er erinnert an das von ihm geführte Kriegskabinett und will

ein Ministerium von nur fünf Köpfen

bilden. Keines dieser Kabinettsmitglieder soll ein bestimmtes Amt vertreten, das ihn in der Behandlung der Gesamtfragen behindern könnte. Einer der wesentlichsten Punkte des Lloyd-George-Planes ist ein großzügiges System neuer öffentlicher Arbeiten, an denen es in England sicherlich sehr mangelt. Mit sehr scharfen Worten wandte er sich

gegen die amtliche englische Arbeitslosenpolitik.

Lloyd George bekennt sich zu dem Standpunkt, daß nicht Arbeitslosenunterstützung, sondern Arbeit vergeben werden solle. In diesem Zusammenhang entwickelte er ein großzügiges Siedlungsprogramm. Ganz besonderes Interesse erweckte Lloyd Georges Finanzpolitik. Er hat in seiner üblichen temperamentvollen Weise die Bank von England sehr scharf angegriffen und ihr vorgeworfen, daß sie in völliger Abhängigkeit von der Londoner City stehe und keine wirkliche Verbindung mit den lebendigen Kräften von Industrie und Handel habe. Entgegen früheren Ankündigungen wandte sich aber Lloyd George gestern abend

gegen die Forderung nach Verstaatlichung des Bankwesens,

wie sie von der Arbeiterpartei verlangt wird. Um die finanziellen Mittel für seine mannigfachen Pläne aufzubringen, forderte er eine „Prosperity- (Wohlstands-) Anleihe". Ueber die weiteren Auswirkungen von Lloyd Georges Vorstoß läßt sich, im Augenblick natürlich noch nichts Näheres sagen.

Randbemerkungen

Der 18. Januar

Heute wehen wieder die Fahnen über den deutschen Städten und Dörfern. Sie gelten der Erinnerung an jenen 18. Januar 1871, an dem Bismarck sein großes Werk der Gründung des Deutschen Reiches vollendete. Neben der Hakenkreuzfahne, dem Symbol des neuen Reiches Adolf Hitlers, steht die schwarz-weißrote Fahne des Reiches Bismarcks. Und darin kommt zum Ausdruck, daß das Neue, das seit dem 30. Januar 1933 entstand, begründet ist auf stolze deutsche Vergangenheit. Der Nationalsozialismus hat seine gewaltige Kraft ebenso in dem revolutionären Drang nach vorwärts wie in der Besinnung auf das wertvolle Gut, das früher errungen worden ist, und er unterscheidet sich auch darin von der traditionslosen Weimarer Zeit, die glaubte, alles geschichtlich Gewordene über Bord werfen zu können.

Wir wissen, daß das 1871 gegründete Reich nicht die Erfüllung aller deutschen Wünsche gebracht hat. Wir wissen aber auch, daß das damals Mögliche erreicht wurde und daß geniale Führerkunst und heiße vaterländische Begeisterung und Opfermut dazu gehörten. Wir entnehmen für uns und die nach uns Kommenden die Verpflichtung daraus, selbst alles an die Erfüllung der großen, jahrhundertealten Sehnsucht zu setzen und das Reich aller Deutschen zu erkämpfen. Gerade in diesen Tagen, in denen wir noch ganz unter dem Eindruck des herrlichen deutschen Bekenntnisses an der Saar, das aus dem gleichen Geiste geboren wurde, stehen haben wir die Gewißheit, daß diesem unserm Kampf auch der Sieg werden wird.

Die Entscheidung von Genf

Die Befürchtungen, daß der Völkerbundsrat seine Entscheidung über die Rückgliederung des Saarlandes länger hinauszögern könnte, als es im Interesse der allgemeinen internationalen Entspannung gut sei, haben sich erfreulicherweise nicht bestätigt. Gestern abend ist einstimmig der Beschluß gefaßt worden, am 1. März das Saarland dem Reich zurückzugeben. Daß der Völkerbund so verhältnismäßig schnell gehandelt hat, soll anerkannt werden, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß das Hauptverdienst daran zweifellos das eindeutige und stürmische Bekenntnis des Saarvolks trägt, das alle weiteren Winkelzüge als verbrecherischen Unsinn erscheinen ließ. Und schließlich hat auch die bestimmte Stellungnahme der Reichsregierung jenen Kreisen, die auch jetzt noch glaubten, Versteck spielen zu können, die Augen geöffnet.

Die grundsätzliche Entscheidung ist also nunmehr gefallen, an ihr ist nicht mehr zu rütteln: am 1. März ist die Leidenszeit des Saarvolks zu Ende. Die technischen Nebenfragen, die noch zu lösen sind, können diese Entscheidung nicht mehr berühren. Man darf die Zuversicht haben, daß die Lösung jener Nebenfragen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten wird. Es handelt sich dabei in der Hauptsache ja nur um die praktische Regelung der Dinge, über die in den Grundzügen schon in den römischen Verhandlungen mit dem Aloisi-Ausschuß Einvernehmen erzielt worden ist. Neu hinzugetreten sind eigentlich nur die französischen Entmilitarisierungsforderungen, die in direkten deutsch-französischen Besprechungen entschieden werden. Aber auch sie können nichts mehr daran ändern, daß am 1. März die Souveränität des Reiches im Saargebiet wiederhergestellt wird. Wenn Laval gestern, um noch eine Einzelheit herauszugreifen, festgestellt hat, daß es Pflicht des Völkerbundes sei, sich mit dem Schicksal der Emigranten im Saargebiet zu beschäftigen, so haben wir gar keinen Anlaß, ihm zu widersprechen. Der Völkerbund war in den letzten fünfzehn Jahren für die Verhältnisse an der Saar verantwortlich. Unter seiner Obhut haben sich dort die Emigranten ansammeln können. Er hat sie bei ihren politischen Machenschaften unterstützt. Er mag nun auch für sie sorgen.

Mit besonderem Interesse hatte man gestern dieser Rede Lavals entgegengesehen, von der gesagt worden war, daß sie die Antwort auf das neuerliche Friedensangebot des Führers bringen werde. Diese Erwartung hat sich nur in bescheidenem Maße erfüllt. Laval hat viel von den französischen Paktplänen, betont auch wieder von der französischen „Sicherheit" und nur wenig von der Frage der direkten deutsch-französischen Verständigung gesprochen. Aber daß wir auf diesem Gebiete doch etwas weitergekommen sind, erkennt man dann am besten, wenn man sich fragt, wie sich Barthou am gleichen Platze und zum gleichen Zeitpunkt wohl geäußert haben würde. Laval hat sich in der Sicherheitsfrage, was hervorgehoben werden muß, dazu bekannt, daß alle Staaten Sicherheit haben müssen, und er hat den